

PRESSEMITTEILUNG DER INITIATIVE ZUR RETTUNG DER KRITISCHEN WISSENSCHAFT IN MARBURG

Direktorium des Instituts für Politikwissenschaft beerdigt Abendrothtradition - 100 Studierende protestieren

Unter dem Protest von hundert anwesenden Studierenden beschloss das Direktorium der Politikwissenschaft in Marburg am Mittwoch, eine vom Präsidium der Universität angeordnete Stellenkürzung zu akzeptieren. Statt wie bisher neun wird es am Institut für Politikwissenschaft künftig nur noch acht Professuren geben. Neben der Professur geht am Institut auch eine Tradition verloren. Gekürzt wird aller Voraussicht nach die letzte Professur, die sich an der Forschungsperspektive des Marxisten Wolfgang Abendroth ausrichtet. In einem Antrag hatten die Studierenden zuvor das Direktorium aufgefordert, die Stellenkürzung zurückweisen und auf einer sofortigen Besetzung der letzten Professur in der Tradition Abendroths zu bestehen.

„Dass heute viele Studierende im Direktorium waren, zeigt, welche Bedeutung die Professur und auch die kritische Forschungsperspektive für die Studierenden haben. Die Entscheidung des Direktoriums halte ich nicht nur aus diesem Grund für eine krasse Fehlentscheidung. Schließlich stellt die Kürzung das Institut für Politikwissenschaft grundlegend in Frage. Mehrere Studiengänge und Module werden durch die Streichung nicht mehr angeboten werden können. Insbesondere die Bereiche Europaforschung und Internationale Politische Ökonomie können nicht mehr sinnvoll abgedeckt werden“, so Philipp Köllen von der Initiative zur Rettung kritischer Wissenschaft in Marburg. Die Initiative hatte über tausend Unterschriften gegen die Stellenstreichung gesammelt. Diese sollten am Rande des Direktoriums den Mitgliedern überreicht werden. Der Geschäftsführende Direktor des Instituts Prof. Dr. Henkenborg, weigerte sich jedoch, die Unterschriften anzunehmen.

„Das Direktorium fügt sich klaglos in sein Schicksal. Die äußerst fragwürdige Politik des Präsidiums wird dadurch nachträglich legitimiert“, kritisiert Nikolai Huke, Referent für Hochschulpolitik des AStA Marburg. Das Präsidium hatte zuvor die Berufungsliste für die Professur „Internationale Politische Ökonomie mit Schwerpunkt Europäische Integration“ in Frage gestellt. Es setzte sich damit über eine Entscheidung der dafür zuständigen Berufungskommission hinweg. Die Einflussnahme des Präsidiums wurde unter anderem vom Senat, dem höchsten Gremium der universitären Selbstverwaltung, scharf kritisiert.

Die verbleibenden Professuren sollen nun ein neues Profil erhalten. Die Geschäftsführung des Instituts für Politikwissenschaft wurde beauftragt, bis zur nächsten Sitzung des Direktoriums in zwei Wochen hierfür eine Vorlage zu erarbeiten. Studierende und VertreterInnen des wissenschaftlichen Mittelbaus (z.B. wissenschaftliche MitarbeiterInnen) sollen an der Erarbeitung der Vorlage nicht beteiligt werden. „Die kritische Forschungsperspektive in der Tradition Abendroths wird durch den neuen Zuschnitt der Professuren entweder ganz wegfallen oder nur noch in einer Juniorprofessur erhalten bleiben. Der Methodenpluralismus des Instituts wird so weiter eingeschränkt“, befürchtet Huke.